



Staatsaufbau durch Intervention

Das Beispiel Afghanistan



Conrad Schetter



Katja Mielke

Internationale Interventionen haben in den letzten 15 Jahren ihren Ausnahmestatus verloren. Am Beispiel der Intervention in Afghanistan seit 2001 sollen Konzepte und Dynamiken des Eingreifens der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf das Ziel des Staatsaufbaus untersucht werden. Der Auftrieb, den das Paradigma des Staatsaufbaus im Falle Afghanistans erst seit 2006 erhalten hat, ist auf Lernprozesse auf Seiten der Interventionskräfte zurückzuführen. Die ursprüngliche Motivation für die Intervention ist eher in einer pragmatischen Zielvorgabe, nämlich der Terrorismusbekämpfung unmittelbar nach dem 11. September 2001, zu suchen. Gleichzeitig beeinflussen der Wunsch nach Stabilität sowie das Konzept der langfristigen Friedenschaffung durch Demokratisierung die Beweggründe für die Intervention stark. Der Beitrag beleuchtet daher die Rolle, die der Staatsaufbau im Dreieck der Zielvorstellungen von Terrorbekämpfung, demokratischem Frieden und Stabilität einnimmt.

Interventionen in Afghanistan

Der Aufbau von Staatlichkeit kam in Afghanistan zu keinem Zeitpunkt über einen embryonalen Status hinaus. So war bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Entstehung Afghanistans als Nationalstaat eher Ergebnis einer willkürlichen Grenzfiktion durch die Kolonialmächte Britisch Indien und Russland als einer politischen Genese. Da den afghanischen Herrschern in der Folgezeit die Ressourcen für den Aufbau staatlicher Strukturen fehlten, vermochten es die verschiedenen Stämme und lokalen Notablen, ihre Unabhängigkeit zu bewahren. So war der Staat kaum in der Lage, Territorium, Bevölkerung, Administration und Gewaltmonopol in eine deckungsgleiche Beziehung zueinander zu bringen; Herrschaft wurde nach wie vor über Klientel- und Netzwerkbeziehungen einflussreicher Familien ausgeübt. Der Afghanistankrieg ab 1979 zerstörte zudem die wenigen zaghaft aufgebauten staatlichen Strukturen.

Neben der nahezu kompletten physischen Abtragung der staatlichen Infrastruktur ist vor allem die weitgehende Erosion der staatlichen Ordnung zu nennen. Gerade in den Kernbereichen „Sicherheit“, „administrativ-politische Ordnung“ und „Wirtschaft“ dominierten nun „Kriegsfürsten“, „Klientelnetzwerke“ und „Gewaltökonomien“. Diese seither vorherrschenden Phänomene stehen in einer engen, sich gegenseitig abstützenden Interdependenz zueinander und umreißen die gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung.

Aufbau politischer Institutionen

Anlass für die Intervention in Afghanistan waren die Terroranschläge vom 11. September 2001. So war es das zentrale Ziel der *Coalition against Terrorism*, über eine Intervention in Afghanistan das terroristische Netzwerk von *al-Qaida* zu zerschlagen, dem die Taliban auf dem von ihnen kontrollierten Territorium Gastfreundschaft und

Vor dem Hintergrund dieser Staatsferne der afghanischen Gesellschaft stellt sich die Frage, welche Rolle die Intervention, die seit 2001 vonstatten geht, dem Aufbau von Staatlichkeit beimisst. Das Einwirken der genannten unterschiedlichen Ansätze auf den Staatsaufbau soll im Folgenden unter Bezugnahme auf die politische, militärische und zivile Dimension der Intervention überprüft werden.

Bewegungsfreiheit gewährt hatten. Zur Legitimation der Intervention trat jedoch bereits in den direkten Nachwirkungen des 11. September ein ideopolitisches Moment zu dem sicherheitspolitisch geleiteten Motiv hinzu. Der Taliban-Herrschaft wurde politische Legitimität abgesprochen, und die Intervention in Afghanistan wur-